
Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung


VV Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 630 - 358

Das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung erlässt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Landesrechnungshof folgende Verwaltungsvorschrift:

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage


1.2 Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendungen besteht nicht. Vielmehr entscheiden die Bewilligungsbehörden aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Gegenstand der Förderung

2.1 Zuwendungen können für erforderliche Investitionen für Neubau-, Ausbau-, Umbau- und Sanierungs-, Renovierungs- und Ausstattungsinvestitionen gewährt werden, die der Schaffung oder Ausstattung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt dienen. Zusätzliche Betreuungsplätze im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift sind solche, die entweder neu entstehen oder solche ersetzen, die ohne Erhaltungsmaßnahmen wegfallen.

2.2 Investitionen in Kindertageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen können entsprechend dem Anteil der förderfähigen Plätze an der Gesamtzahl der Plätze gefördert werden. Bei Vorhaben, die in selbstständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens aufgestellt werden können, ist eine Förderung des selbstständigen Abschnitts möglich, wenn die Förderkriterien für diesen Vorhabenabschnitt erfüllt sind.


2.4 Die Förderung richtet sich unter Anlehnung strengster Maßstäbe an Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und sparsamen Mitteleinsatz insbesondere auf baufachliche Maßnahmen zur Verbesserung und Sicherung der Infrastruktur der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in folgenden in der Anlage konkreteren Bereichen:

a) frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung,

b) Verpflegung und Ernährung,

c) Bewegung und sportliche Betätigung,

d) Begegnung und Kommunikation, Rückzug und

e) Ausstattung.

3 Zuwendungsempfänger

3.1 Erstempfänger der Zuwendungen sind die Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Landräte und Oberbürgermeister leiten die ihnen gewährten Zuwendungen maßnahmebezogen nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift an die jeweiligen Gemeinden, Träger von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegepersonen als Letztempfänger aufgrund von eigne Zuwendungsberechtigten weiter.

3.2 Letztempfänger können Träger von Kindertageseinrichtungen nach § 13 des Kindertagesförderungsgesetzes sowie öffentlich geförderte Tagespflegepersonen sein, die Kinder bis zum Schuleintritt fördern. Letztempfänger können auch Gemeinden sein, in deren Räumen Kinder in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Schuleintritt gefördert werden.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Die Zuwendungen setzen den Nachweis des Bedarfes des Betreuungsangebotes für Kinder bis zum Schuleintritt gemäß der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 80 in Verbindung mit § 71 Absatz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch voraus.
4.2 Der jeweilige Letzttempfänger der Zuwendung muss über eine Tagespflegeeinrichtung gemäß § 43 des Achten Buches Sozialgesetzbuch oder eine Betriebserlaubnis gemäß § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch verfügen oder – im Falle eines Neubaus – eine solche nach erfolgter Beantragung unmittelbar erwarten dürfen. Soweit Letzttempfänger eine Gemeinde ist, die nicht selbst Träger der Kindertageseinrichtung ist, muss der Mieter oder Füchter der Einrichtung über eine Betriebserlaubnis gemäß § 45 Absatz 1 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch verfügen.


4.4 Zuwendungen für Baumaßnahmen in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege können nur gewährt werden, wenn der jeweilige Standort im Bestand langfristig als gesichert erscheint. Als langfristig im Bestand gesichert erscheint eine Kindertageseinrichtung oder eine Tagespflegestelle, wenn diese als unverzichtbarer Bestandteil des regulären Planungs- und Prognosezeitraums der laufenden kommunalen Jugendhilfeplanung festgehalten ist. Zusätzlich muss die Gemeinde oder der Träger der Kindertageseinrichtung oder der Tagespflegeperson eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen: Er oder sie muss

a) Eigentümer oder Eigentümerin des Grundstücks sein, auf dem die Kindertageseinrichtung oder die Tagespflegestelle belegen ist, oder

b) Inhaber oder Inhaberin eines dinglich gesicherten Nutzungs- oder Erbbaurechts an dem Grundstück sein, auf dem die Kindertageseinrichtung oder die Tagespflegestelle belegen ist, mit einer Laufzeit von mindestens zehn Jahren ab dem Bewilligungstag bei Maßnahmen mit zuwendungsfähigen Ausgaben von mindestens 50 000 Euro oder mit einer Laufzeit von mindestens fünf Jahren ab dem Bewilligungstag bei Maßnahmen mit zuwendungsfähigen Ausgaben von weniger als 50 000 Euro oder

c) die Einrichtung für mindestens zehn Jahre ab dem Bewilligungstag bei Maßnahmen mit zuwendungsfähigen Ausgaben von mindestens 50 000 Euro oder für mindestens fünf Jahre ab dem Bewilligungstag bei Maßnahmen mit zuwendungsfähigen Ausgaben von weniger als 50 000 Euro gemietet oder gepachtet haben.

In begründeten Fällen können bei der Förderung von Baumaßnahmen unter 40 000 Euro Ausnahmen zugelassen werden.

4.5 Ausstattungsinvestitionen können gefördert werden, wenn der Standort der Kindertageseinrichtung oder die Kindertagespflegestelle in der kommunalen Jugendhilfeplanung als langfristig gesichert ausgewiesen ist (siehe auch Nummer 4.4).


4.7 Sollen Zuwendungen für Plätze, die ohne Erhaltungsmaßnahmen wegfallen, bewilligt werden, hat der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Tatsachen darzulegen, aus denen sich ergibt, dass für die in Rede stehenden Plätze der Entzug der Betriebserlaubnis der Einrichtung oder der Tagespflegeerlaubnis droht.


5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Erstempfänger) erhalten vom Land jeweils eine Zuwendung (Kontingent), die sie ihrerseits als Zuwendungen an die Letzttempfänger nach dieser Verwaltungsvorschrift weiterleiten. Für die Kontingente werden die Bundesmittel zur Hälfte auf der Grundlage der Anzahl der betreuten Kinder bis zum Schuleintritt (Stichtag 1. März 2016) und zur Hälfte auf der Grundlage der Zahl der Kinder von null bis sechs Jahren (Bevölkerungsstatistik zum 31. Dezember 2015) verteilt.

5.2 Die Zuwendungen werden zur Projektfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses in Höhe von bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt.


5.4 Die maximale Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben pro neu zu schaffendem Platz orientiert sich, dem haushaltsrechtlichen Wirtschaftlichkeits- und Sparamtsgebot Rechnung tragend, an dem in der Begründung zum im Tagesbetreuungsausbaugesetzes (Bundestagsdrucksache 15/3676 Ab schnitt C Finanzieller Teil) genannten Beträgen zuzüglich der jährlichen Veränderungsraten entsprechend dem Bau preisindex für den konventionellen Neubau im Hochbau. Sie beträgt im Jahr 2017 maximal 54 830 Euro für die Schaffung eines neuen Platzes und maximal 5 483 Euro für die Umbauung eines Platzes.
5.5 Die zuwendungsfähigen Ausgaben resultieren aus dem Anteil der Kosten für die Plätze der Einrichtung, die für Kinder bis zum Schuleintritt vorgesehen werden, also aus den als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben für die Kostengruppen 200 bis 700 nach DIN 276-1 vom Dezember 2008 entsprechend dem Planungs- und Kostendatenblatt nach Nummer 5.4 der Baufachen Ergänzungsbestimmungen zu § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern; soweit diese ausschließlich für den Betrieb der Kinderbetreuungseinrichtung notwendig sind.

5.6 Ausgaben für Leistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure sind nur in Höhe der Mindestsätze der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure zuwendungsfähig.

5.7 Nicht zuwendungsfähig sind:

a) finanzielle Aufwendungen für Nebengebäude, die nicht unmittelbar mit dem Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen zusammenhängen,

b) finanzielle Aufwendungen für den Erwerb des Grundstücks,

c) Rückbau- und Behelfsbauausgaben,

d) Ausgaben für Kommunikationsräume, die nach Art, Größe, Lage und Funktion über den Bedarf der Benutzer der Kindertageseinrichtung hinausgehen, und

e) Leasinggeschäfte.

6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Die Erstempfänger der Zuwendungen sind durch die Zuwendungsbescheide dazu verpflichtet, ihre Zuwendungsbescheide an die Letztempfänger mit der auflösenden Bedingung zu versehen, dass

a) mit der geförderten Maßnahme spätestens innerhalb von drei Monaten seit Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids begonnen worden ist, und


6.2 Die Erstempfänger der Zuwendungen sind durch die Zuwendungsbescheide dazu zu verpflichten, ihre Zuwendungsbescheide an die Letztempfänger mit Auflagen zu versehen, durch die die Letztempfänger verpflichtet werden,

a) bei Zuwendungen über 40 000 Euro etwaige Erstattungsansprüche gegen den Letztempfänger dinglich oder durch eine selbstschuldversicherliche Bürgschaft einer deutschen Bank zu sichern; sofern der Eigentümer und der Träger der Einrichtung nicht identisch sind und die Einrichtung Eigentum einer Gemeinde oder eines Landkreises ist, genügt auch eine auf die Erstattungsansprüche bezogene Ausfallbürgschaft der Eigentümerin oder des Eigentümers und


6.3 Außerordentlich werden die nach dieser Verwaltungsvorschrift geförderten Investitionen und Ausstattungen nicht als Kosten des Einrichtungsträgers in den Leistungsverträgen oder in den vergleichbaren Vereinbarungen nach § 16 des Kindertagesförderungsgesetzes berücksichtigt.

7 Verfahren

7.1 Antragsverfahren


7.1.2 Die Letztempfänger beantragen schriftlich die Gewährung einer Zuwendung beim Landrat des Landkreises oder beim Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt, auf dessen Gebiet oder auf deren Gebiet die Kindertageseinrichtung oder Tagespflegestelle belegen ist. Dem Antrag sind die Projektbeschreibung, der Bedarfsnachweis im Rahmen der Jugendhilfeplanung, das pädagogische Konzept der Kindertageseinrichtung, die ermittelten Kosten gemäß Planungs- und Kostenblatt analog nach den Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen § 7 Bau (Muster in VV § 44 ZBau Nummer 5.4) beizufügen.

Beim Ausstattungsvorhaben sind dem Antrag Beschaffungspläne oder Kostenvoranschläge beizufügen.

7.1.3 Bei Zuwendungen für Baumaßnahmen ist die fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung gemäß VV/VV K Nummer 6.1 zu § 44 HZO zu beteiligen. Nach Nummer 1.4
ZBa (Anlage 4 zu VV zu § 44 LJO) ist dies der Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern (BBL). Von einer Beteiligung soll abgesehen werden, wenn die für die Baumaßnahme vorgesehenen Zuwendungen (ohne Ausstattung) vom Land und anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts 500 000 Euro nicht übersteigen.

Wir von einer Beteiligung des BBL abgesehen, sind vom Antragsteller im Allgemeinen die in Nummer 5 ZBa aufgeführten Unterlagen für Baumaßnahmen anzufordern.

7.2 Bewilligungsverfahren

7.2.1 Bewilligungsbehörde für die Erstempfänger ist das Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern, Friedrich-Engels-Str. 47, 19061 Schwerin. Bewilligungsbehörde für die Letztempfänger sind die Landräte und Oberbürgermeister. Sie entscheiden über die Förderung auf der Grundlage der Prioritätenliste und damit im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung und unter Beachtung des Ziels der Sicherstellung eines allgemeinen Rechtsanspruchs auf Kindertagesförderung vom vollendetstenen ersten Lebensjahr an bis zum Schulenleitst.

7.2.2 Finanzmittel, deren Bedarf durch die Prioritätenliste nach Nummer 7.1.1 angezeigt wurde, für die jedoch kein Antrag entsprechend der zeitlichen Planung des zuständigen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe und den Vorgaben nach Nummer 7.1.2 gestellt wurde, können durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales an andere örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe bewilligt werden.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren


7.4 Verfahren zum Verwendungsnachweis


8 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gelten die Verwaltungs vorschriften zu § 44 der Landeshaushaltssatzung Mecklenburg-Vorpommern, soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift Abweichungen zugelassen sind, sowie das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch.

9 Anlage

Die Anlage ist Bestandteil dieser Verwaltungsvorschrift.

10 Inkrafttreten, Außer Krafttreten


AmtsBl. M-V 2018 S. 353
Möglichkeiten des Mitteleinsatzes zur Verbesserung und Sicherung der Infrastruktur in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen zu Nummer 2.4 dieser Verwaltungsvorschrift

1. Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung, wie zum Beispiel
   a) qualitative Verbesserung und Sicherung der Rahmenbedingungen für pädagogische Arbeit und pädagogische Ausstattungen,
   b) alters- und funktionsgerechte Gruppen- und Gruppennebenräume für die individuelle Förderung

2. Verpflegung und Ernährung, wie zum Beispiel
   a) Tee- und Kinderküchen, Essenausgaberäume (einschließlich Geschirrrückgabe/Spülraum) sowie Räume zur gemeinsamen Einnahme der Mahlzeiten,
   b) Räume zur spezifischen Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung

3. Bewegung und sportliche Betätigung
   a) Sport-, Spiel und Bewegungsräume zur Förderung der motorischen Entwicklung,
   b) Freigelände mit Sport- und Spielgeräte, Planschbecken,
   c) Mehrzweckräume zur Nutzung als Bewegungsräume, für gemeinsame Feste und Feiern oder auch Elternabende

4. Begegnung und Kommunikation, Rückzug, wie zum Beispiel
   a) Begegnungsräume,
   b) Ruheräume (zum Beispiel Sitzecken in Nebenräumen, Sitzgruppen in Außenanlagen, Nischen zum Alleinsein)

5. Ausstattung, wie zum Beispiel
   a) alters- und funktionsgerechte Gruppenräume zur Förderung in spezifischen Lernbereichen, wie zum Beispiel naturwissenschaftliche Experimente, handwerkliche Tätigkeiten, darstellende Spiele, Nutzung von Medien,
   b) altersgerechte und gruppenspezifische Ausstattung der Haupt- und Nebennutzflächen einschließlich der Außenspielflächen,
   c) Arbeitsplätze zur Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit sowie für Elterngespräche mit pädagogischen Fachkräften und Tagespflegepersonen,
   d) Neugestaltung der Funktionalität der Sanitärausstattung